

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 15. MÄRZ 2018



## ANTRAG **POLIZEI SOLL NEUE KOMMUNIKATIONS-MÖGLICHKEIT ERHALTEN**

**Polizistinnen und Polizisten in Bremen und Bremerhaven sollen technisch besser ausgestattet werden. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag von SPD und Grünen beschlossen, der einen Modellversuch mit eigenen mobilen Endgeräten und einem Messenger-Dienst vorsieht. „Wir wünschen uns eine moderne, effektive und umfassend handlungsfähige Polizei“, erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, „und technische Neuerungen bieten hier eine riesige Chance.“**

Fast jeder kennt das aus dem eigenen Alltag: Messenger-Dienste wie etwa WhatsApp sind allgegenwärtig. Schnell, unkompliziert und für den Nutzer kostenlos sind Textnachrichten, Bilder oder Videos verschickt.

Und diese Technik könnte auch für Ermittlungsbehörden nützlich sein, ist der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal, überzeugt. „Im Sinne einer modernen und effektiven Polizeiarbeit sollte dringend genau betrachtet werden, inwiefern die moderne Technik im Einsatzalltag helfen kann, Abläufe zu beschleunigen, im wahrsten Sinne des Wortes ein Bild zu vermitteln und dadurch die Gefahr eines Missverständnisses und einer Fehlübermittlung oder gar eines Stille-Post-Effekts zu vermeiden“, sagte er heute in seiner Rede in der Bürgerschaft und ergänzte: „Smartphones, Tablets und die Nutzung von Messenger-Diensten bieten diese Potentiale. Insbesondere die Möglichkeit,

Ermittlungshinweise, Fahndungsfotos und Einsatzbefehle oder kurze Sachverhalte per Textnachricht, Foto, oder Audio- und Videodatei schneller an Beamtinnen und Beamte zu übermitteln, kann Gold wert sein.“

Der Faktor Zeit sei dabei ein weiterer Punkt, der für die Einführung eines solchen Dienstes spreche, so der Sozialdemokrat weiter. Gerade bei der Suche nach Vermissten oder bei der Fahndung nach Verdächtigen sei der Zeitdruck groß, und ebenso groß sei die Versuchung der Beamten – in bester Absicht – das private Mobiltelefon zu nutzen. Dies sei aber schon aus Datenschutzgründen problematisch, betonte Senkal. „Ich bin der festen Überzeugung, dass

es ein in sich geschlossenes System geben muss und dies auch auf Dienstgeräten genutzt werden sollte“, sagte er. „Auch aus diesem Grunde scheint eine zügige Einführung durch den Dienstherrn jetzt geboten.“

Die Bürgerschaft hat einen entsprechenden Antrag von SPD und Grünen heute beschlossen. Darin fordert sie den Senat auf, ein Konzept zur modellhaften Einführung mobiler Endgeräte und den Aufbau eines Messenger-Dienstes zu entwickeln und innerhalb eines halben Jahres der Innendeputation darüber zu berichten. Dabei könne man, erklärte Senkal, auch auf die Erfahrungen aus Bayern zurückgreifen, wo es eine Testphase für ein solches System gab.

**> Antrag: Fahnden, Orten, sichtbar machen! – Mehr Tempo und Sicherheit durch effektive Nutzung mobiler Endgeräte in der Polizei**

[http://tiny.cc/messenger\\_polizei](http://tiny.cc/messenger_polizei)



Sükrü Senkal

## ANTRAG **WISSENSCHAFTSFREIHEIT** – GRUNDPFEILER OFFENER GESELLSCHAFTEN

**Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut in offenen, demokratischen Gesellschaften. Umso bedauerlicher ist es, dass weltweit zunehmend Einschränkungen dieser Freiheit zu beobachten sind. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bremische Bürgerschaft heute für den Schutz wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse ausgesprochen und jenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ihre Unterstützung zugesichert, die aufgrund ihrer Forschung verfolgt oder ins Exil getrieben werden.**

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Wissenschaftsfreiheit in Europa und der Welt zunehmend unter Druck gerät. Während die polnische Regierung das Bildungs- und Wissenschaftssystem ihres Landes am Leitbild eines nationalen polnischen Heroismus ausrichtet, versucht Ungarn eine Universität per Hochschulgesetz zu schließen. Gleichzeitig wurden in der Türkei zuletzt zehntausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entlassen, und in den USA negieren Populisten die Erkenntnisse der Klimaforschung und versuchen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine bestimmte Meinung oder Forschungsrichtung aufzudrängen.

„Die Wissenschaftsfreiheit ist in



Petra Jäschke

Deutschland – insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte – ein hohes Gut. Sie wird durch das Grundgesetz geschützt, das verfassungsrechtlich den gesamten wissenschaftlichen



Erkenntnisprozess vor staatlicher Einmischung schützt. Ähnliche Regelungen finden sich auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in internationalen Pakten, die die Wissenschaftsfreiheit zumindest als Teil des Rechts auf freie Meinungsäußerung schützen“, fasste die SPD-Abgeordnete Petra Jäschke die Rechtslage heute am Rande der Debatte zusammen. „Trotzdem müssen wir beobachten, wie weltweit nationalistische, populistische und autoritäre Strömungen, die sich gegen Weltoffenheit, Pluralität und Toleranz richten, erstarren und dabei oftmals auch die Freiheit wissenschaftlicher Einrichtungen beschneiden. Auf diesem Weg drangsalieren sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und treiben sie teilweise ins Exil“, so Jäschke weiter.

Auf Antrag der rot-grünen Koalition stellte die Bürgerschaft heute klar, dass aus ihrer Sicht nur eine enge internationale Kooperation, wie sie die Bremer Hochschulen bereits lange und erfolgreich pflegen, die Wissenschaftsfreiheit im Inland wie auch im Ausland sichert. „Wir verurteilen alle Versuche, Wissenschaftseinrichtungen zu isolieren und zu drangsalieren und unterstützen die Initiativen unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die verfolgt oder ins Exil getrieben werden, im Land Bremen eine neue Forschungsheimat bieten“, machte Jäschke abschließend deutlich.

>Antrag: **Wissenschaftsfreiheit ist Grundpfeiler offener Gesellschaften**  
<http://tiny.cc/wissenschaftsfreiheit>

## ANTRAG **RASSELISTE FÜR GEFÄHRLICHE HUNDE BLEIBT BESTEHEN**

**Die Rasseliste für gefährliche Hunde in Bremen bleibt bestehen. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der FDP abgelehnt, die diese Liste abschaffen wollte. Der SPD-Abgeordnete Helmut Weigelt stellte klar: „Wir können auf die Rasseliste nicht verzichten, um uns Menschen vor dieser Gefahr zu schützen.“**

Hunderassen, die auf dieser Liste stehen, unterliegen in Bremen bestimmten Einschränkungen. So müssen sie außerhalb des eigenen Zuhauses an der Leine geführt werden und einen Maulkorb tragen. Zucht, Handel oder Kauf dieser Hunde ist außerdem verboten.

Aus guten Gründen, wie der SPD-Abgeordnete in der Debatte betonte. Er erinnerte an den Anlass dafür, dass



Helmut Weigelt

damals ein Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Hunderassen beschlossen worden sei. Er rief noch einmal den Fall eines zehnjährigen Jungen ins Gedächtnis, der von heute als gefährlich eingestuftem Hund angegriffen worden war. Die Tiere verbißen sich in das Kind, und selbst die Polizei konnte sie zunächst nicht von ihm trennen. Der Junge starb. „Wir dürfen nicht vergessen, dass tragische Fälle wie dieser der Anlass für das Gesetz waren“, sagte Weigelt, „das sind wir den Opfern von Angriffen durch diese Hunderassen schuldig.“

Das Gesetz über das Halten von Hunden bleibt in Bremen also weitgehend unverändert. Auf Antrag der rot-grünen Koalition soll es allerdings zwei kleinere Änderungen geben, die heute in erster Lesung beschlossen wurden. Darin wird hervorgehoben, dass Tierärzte kein falsches Zeugnis über die Rassezugehörigkeit ausstellen dürfen. Außerdem wird klargestellt, dass der Leinenzwang für gefährliche Hunde auch in öffentlichen Gebäuden gilt.

## ANTRAG **EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT DURCH FREIWILLIGENARBEIT STÄRKEN**



**„Frieden und Solidarität sind kostbar. Wir sollten sie niemals als selbstverständlich voraussetzen. Darum ist es so wichtig, den europäischen Solidaritätsgedanken zu stärken und dabei insbesondere die jungen Menschen in Europa einzubinden“, erklärte Bernd Ravens, Mitglied der SPD-Fraktion, heute am Rande Bürgerschaftssitzung.**

„Heute stellen wirtschaftliche Probleme und zunehmende soziale Ungleichheit viele unserer Überzeugungen und Werte auf eine harte Probe. Uneinigkeit und Konflikte scheinen allgegenwärtig. Aber in genau solchen Zeiten gewinnen Offenheit, gegenseitiges Verständnis und Solidarität eine so große Bedeutung“, so Ravens. Die Europäische Kommission habe das Europäische Solidaritätskorps ins Leben gerufen um jungen Menschen zu ermöglichen,



**Bernd Ravens**

etwas zu bewegen, anderen zu helfen, andere Sichtweisen kennenzulernen und ihre eigenen zu überdenken sowie dabei Kompetenzen zu erwerben, die auf dem Arbeitsmarkt und im Leben von zentraler Bedeutung seien, erklärte Ravens. „Genau diese Solidarität braucht Europa.“

Allerdings müsse verhindert werden, dass mit dem Korps eine Konkurrenz zum seit Jahren erfolgreichen Europäischen Freiwilligendienst entstehe. Dazu gelte

es, die Rahmenbedingungen der verschiedenen Programme klar voneinander abzugrenzen und europaweit sowie auf lokaler Ebene über die verschiedenen Programme zu informieren.

Neben der Stärkung der Freiwilligenarbeit dürfe man jedoch nicht die Aufgabe der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus dem Blick verlieren. „Der Ausbau von beschäftigungspolitischen Maßnahmen ist eine drängende Aufgabe in Europa“, so Ravens. Hierzu gelte es auch im Rahmen des Korps eine entsprechende pädagogische Betreuung sicherzustellen sowie gesetzliche und tarifliche Lohnbindung in den jeweiligen Mitgliedsländern einzuhalten und zu kontrollieren. Ravens: „Eine weitere ‚Generation Praktikum‘ muss unbedingt verhindert werden.“

Die Qualifikationen und Kompetenzen, die junge Menschen im Rahmen ihres Engagements erwerben, müssten zwingend zertifiziert werden, erklärte Ravens. „Wünschenswert wäre darüber hinaus, dass die erworbenen Fähigkeiten im Rahmen einer Berufsausbildung angerechnet werden können. Damit könnte ein echter und greifbarer Beitrag zum Zusammenwachsen der Menschen in Europa geleistet werden“, erklärte Ravens abschließend.

**>Antrag: Europäisches Solidaritätskorps (ESK) - Freiwilligen säule ausbauen**  
<http://tiny.cc/solidaritaetskorps>

## DEBATTE **ÖFFENTLICHEN DIENST ALS ATTRAKTIVEN ARBEITGEBER ERHALTEN**

**Wie ist es um Einstellung und Motivation der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bestellt? Der Senat hatte gemeinsam mit der Universität Bremen eine umfangreiche Untersuchung zu dieser Frage durchgeführt. In einer Großen Anfrage wollte die SPD-Fraktion wissen, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen werden müssen. Die Antwort debattierte heute das Parlament.**

„Die Studie ergibt zusammengefasst ein zwiespältiges Bild“, fasste Sybille Böschchen, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, die Ergebnisse in ihrer Rede zusammen. „Einerseits schätzen die Beschäftigten ihre Arbeitgeberin und weisen eine hohe Arbeitszufriedenheit auf, andererseits aber gibt es Unzufriedenheiten über die Arbeitsbelastung, mit den

Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, der Beteiligung an Veränderungsprozessen oder der Führungskultur.“

Zwar werde dies in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich gesehen, insgesamt müssten die Ergebnisse aber ein Ansporn für Verbesserungen sein. „Wir haben es zunehmend mit einem



**Sybille Böschchen**

Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Arbeitgebern zu tun“, so Böschchen. Für bestimmte Berufsgruppen, zum Beispiel Ärzte, biete die Privatwirtschaft schon jetzt deutlich bessere Konditionen

als ein Gesundheitsamt. „Wenn der öffentliche Dienst in diesem Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich sein will, muss er als attraktiver Arbeitgeber erlebt werden und sichtbar sein“, betonte Böschchen.

Aus der Antwort des Senats werde deutlich, dass das Thema Personalentwicklung richtigerweise einen hohen Stellenwert habe, sagte Böschchen abschließend. „Wir können stolz sein, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihrer Arbeit mit so guter Einstellung und so hoher Motivation nachgehen. Und wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, damit dies auch so bleibt.“

**> Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – zur Antwort des Senats auf die Große Anfrage**  
[http://tiny.cc/motivation\\_im\\_oed](http://tiny.cc/motivation_im_oed)

## FRAGESTUNDE

**UNTERWEGS LESEN – BÜCHER IM BUS**

**Seit 2010 gibt es in Hamburg das Projekt „Buchhaltestellen“. Dabei wurden in den vergangenen Jahren 150 Busse der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein (VHH) mit Bücherregalen ausgestattet und in Kooperation mit einem Tochterunternehmen der Stadtreinigung Hamburg mit Büchern aus zweiter Hand bestückt, die von den Fahrgästen kostenlos gelesen und mitgenommen werden können. Sükrü Senkal wollte für die SPD-Fraktion wissen, ob ein ähnliches Projekt auch in Bremen denkbar ist.**

Für den Senat antwortete Verkehrsstaatsrat Jens Deutschendorf, dass es in Bremen mit der Busbibliothek der Stadtbibliothek bereits eine mobile Bücherei gebe. Für eine Buchtauschbörse in

den Bussen der BSAG – etwa nach Hamburger Vorbild – müsse zuerst in die nötige Infrastruktur investiert und ein geeigneter Kooperationspartner gefunden werden, der Bücher zu Verfügung stellen könnte. Dabei sei pro Fahrzeug mit Investitionskosten in Höhe eines mittleren vierstelligen Betrags zu rechnen. Gegebenenfalls sei hier ein Erfahrungsaustausch mit den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein sinnvoll – auch um zu prüfen, ob die dortige Regalkonstruktion in den Fahrzeugen der BSAG verwendet werden könnte. In seiner Antwort sprach sich Deutschendorf für den Fall einer Übernahme der Hamburger Idee für ein vorerst begrenztes Pilotprojekt aus, um Erfahrung mit dem Einbau der Bücherregale, der Pflege und der Nutzung eines solchen Angebots zu sammeln.

## FRAGESTUNDE

**S-BAHN-HALTEPUNKT AM UNI-TECHNOLOGIEPARK?**

**Der Technologiepark der Universität hat sich zu einem wichtigen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort in Bremen entwickelt. Arno Gottschalk, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, fragte daher den Senat: Welche Bedeutung misst der Senat der Schaffung eines S-Bahn-Haltepunkts bei? Befindet dieser sich bereits in der Planung, und wann ist gegebenenfalls mit einer Realisierung zu rechnen? Weiter wollte er wissen, in welcher Form die Städtebauplanung des Technologieparks zwischen den Senatsressorts und der Universität diskutiert wird.**

Für den Senat antwortete Staatsrat Jens Deutschendorf, dass die Schaffung eines S-Bahn Haltepunkts an der Strecke Hamburg-Bremen für die Weiterentwicklung und verkehrliche Anbindung des Technologieparks von sehr hoher Bedeutung sei. Derzeit befinde sich ein Haltepunkt jedoch nicht in der konkreten Planung. Dafür müsse, wie bereits das Verkehrsentwicklungskonzept erwähne, zunächst eine Standortfestlegung vorgenommen werden. Die Ressorts und die Universität würden sich regelmäßig über die Entwicklungen im Bereich des Technologieparks austauschen, so etwa zu Beginn des Jahres bei einem Auftaktgespräch. Auf Nachfrage Gott-



Arno Gottschalk

Andreas Kottisch, dass dabei eine intensive Einbindung der Universität stattfindet.

Zur Frage: <http://tiny.cc/SBAHN>

schalks führte der Staatsrat weiter aus, dass man im Rahmen der Standortentwicklung die Planung in den nächsten Monaten intensiv vorantreiben werde. Deutschendorf erklärte auf Nachfrage des SPD-Abgeordneten

## FRAGESTUNDE

**ELEKTRONISCHE SYSTEME FÜR BUSSGELDER?**

**Sükrü Senkal, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, fragte den Senat, wie er sich zu einem Einsatz elektronischer Systeme bei der Bearbeitung von Bußgeldern positioniert.**

Aus der schriftlichen Antwort des Senats geht hervor, dass die Stadtgemeinde Bremen das System SC-OWi einsetze, das mit der Polizei, der Landeshauptkasse und Dataport vernetzt sei. Hiermit werde eine weitgehende Automatisierung gewährleistet. Im vergangenen Jahr seien so 460.000 Fälle abgearbeitet worden. Jeder Mitarbeitende der Ordnungswidrigkeitenstelle könne mit diesem System pro Jahr etwa 25.000 Fälle bearbeiten.

Auch in Bremerhaven werde zur Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten ein elektronisches Verfahren mit automatisierten und abgestimmten Prozessen verwendet. Dies ermögliche ferner die Integration der Überwachung des ruhenden Verkehrs mittels Smartphone und die mobile und stationäre Geschwindigkeitsüberwachung sowie eine Online-Anhörung und E-Payment via QR-Codes. Bei der Schaffung des neuen Ordnungsdienstes werde ebenfalls ein effizientes, automatisiertes Verfahren inklusive elektronischer Beweismittelbearbeitung eingeführt.

Zur Frage: <http://tiny.cc/OWI>

## FRAGESTUNDE

**„BABYFREUNDLICHE“ GEBURTS- UND KINDERKLINIKEN**

**Könnten auch Bremer Geburts- und Kinderkliniken mit dem WHO/UNICEF-Zertifikat „babyfreundlich“ ausgezeichnet werden? Das wollte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, insbesondere vor dem Hintergrund der vom Land Bremen getroffenen Maßnahmen zur Stillförderung, in der Fragstunde wissen.**

Das WHO/UNICEF-Zertifikat „babyfreundlich“ bescheinige Kliniken einen hohen Standard bezüglich der Ausbildung des Personals sowie eine sehr gute Ausstattung mit entsprechender Betreuung der



Steffi Dehne

keit dar, um bei werdenden Müttern dafür zu werben, diese Klinik für die anstehende Geburt auszuwählen.

Mütter und der Babys, erklärte Gesundheitssenatorin Eva Quante-Brandt heute für den Senat. Somit stelle das Zertifikat, das auch dem Stillen einen besonderen Stellenwert beimesse, für Kliniken eine gute Möglich-

Angesichts der mit der Zertifizierung verbundenen Kosten und des hohen Personalaufwands sei das Interesse der Bremer Kliniken bisher allerdings gering, so Quante-Brandt. Die Kliniken im Land Bremen erreichten jedoch auch ohne Zertifizierung einen sehr hohen Betreuungsstandard und auch der Stillförderung werde eine hohe Priorität eingeräumt. Die von einem Runden Tisch formulierten Stillempfehlungen würden je nach den Möglichkeiten der Klinik angewandt und die Mütter durch regelmäßig geschultes Personal zum Stillen angeleitet und dabei begleitet, so die Senatorin.